

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen: ihrer 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 100

Zur gegenwärtigen Lage

Von Tag zu Tag häufen sich die Meldungen, daß die Kollegenchaft unter dem Druck der ungeheuren wirtschaftlichen Not zur Selbsthilfe greift und versucht, durch betriebsweise, örtliche oder umfangreichere Vorstöße eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Daß dadurch das ganze Tarifgebäude einer lebensgefährlichen Belastungsprobe unterworfen wird, ist unbestreitbar. Aber die Verantwortung dafür kann weder der Gehilfenchaft noch ihren Führern zugeschrieben werden. Die letzteren haben bisher keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, im Tarifauschuß, im Tarifamt, in den Kreisämtern usw. die immer unerträglich werdende wirtschaftliche Lage der Gehilfenchaft den Vertretern der Prinzipalität in deutlicher Weise vor Augen zu führen. Leider ohne durchgreifenden Erfolg. Wenn sich trotzdem die Kollegenchaft bisher mit den bescheidenen Ergebnissen wohl oder übel abgefunden hat, so geschah das immer nur in der Hoffnung, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit eine Entspannung bringen werde. Da dies leider nicht eingetroffen, sondern das direkte Gegenteil zu verzeichnen ist, machte sich auch die Not der Gehilfenchaft von Woche zu Woche fühlbarer, gleichzeitig trat aber auch die Unzulänglichkeit der tarifgemeinschaftlichen Begriffe von Treu und Glauben auf Prinzipalitätsseite immer deutlicher in Erscheinung.

Wir haben schon in Nr. 98 in dem Mittelteil zur Einberufung des Tarifausschusses angedeutet, daß die Gehilfenvertreter im Tarifamt nur mit Widerstreben der Einberufung des Tarifausschusses erst am 19. September zugestimmt haben. Sowohl sie wie alle führenden Kollegen waren sich bewußt, daß dies angesichts der ungeheuren Notlage der Gehilfenchaft eine noch nie dagewesene Belastungsprobe der gewerkschaftlichen Gefühle unserer Kollegen im ganzen Reich sein wird. Es kann daher unter diesen Umständen kaum noch die Rede davon sein, daß die durch die gegenwärtige Feuerung wie ein Feinsfeuer sich verbreitenden örtlichen Lohnbewegungen zu verhindern sein könnten, wenn nicht die Prinzipale selbst einleben, daß sie verpflichtet sind, jenen Gehilfen, die bisher noch tarifliche Pflicht hochgehalten haben, wenigstens in gleicher Weise entgegenzukommen wie jenen, die in den letzten Wochen und Tagen zu zwar tarifwidriger aber menschlich begreiflicher Selbsthilfe gegriffen haben! Es wäre ein Stück aus dem Tollhause, wenn tarifliche Pflichterfüllung der Gehilfenchaft dadurch bestraft würde, daß sie deshalb materiell zurückgelassen wird. Hier hat die Prinzipalsorganisation zu beweisen, ob ihr der gewerbliche Friede noch etwas gilt!

Die Hoffnung, daß in verantwortlichen Kreisen des Deutschen Buchdruckervereins für eine solche Erkenntnis der Dinge noch ein fruchtbarer Boden vorhanden sei, ist allerdings sehr gering. Es haben sich in den letzten Jahren zu viel Fremdkörper in der Prinzipalsorganisation eingenistet, die von dem Zusammenhange der Realitäten im sozialen und gewerblichen Leben mehr theoretische als praktische Kenntnisse haben. Dadurch wurde die Spannung zwischen praktischer Gewerbe- und organisatorischer Machtpolitik immer größer und führte letzten Endes zu einer immer schärferen Scheidung der Geister. Wie sich die Begriffe auf Unternehmenseite im Buchdruckgewerbe in Hinblick auf eine vernünftige Gewerbepolitik verwirrt haben, zeigt z. B. in geradezu drohlicher Beleuchtung die Tatsache, daß als örtlicher Vertrauensmann zur Durchführung der zur Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins in Bad Wildungen geplanten Veranstaltungen der schon seit Jahresfrist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossene Buchdruckermeister Ernst Funk in Bad Wildungen fungiert. Daraus geht hervor, daß im Deutschen Buchdruckerverein nicht nur nichttarifliche Mitglieder vorhanden sind, sondern solche Herren sogar noch mit Repräsentationsposten bedacht werden. Das ist jedenfalls der Gipfel tarifgemeinschaftlicher „Wertschätzung“

der Begriffe von „Treu und Glauben“. Im Deutschen Buchdruckervereine selbst wird, wie der Fall Funk beweist, auf tarifliches Pflichtgefühl keine Rücksicht mehr genommen. Um so kräftiger wird dafür auf Unternehmenseite die Einhaltung aller tariflichen Verpflichtungen von der Gehilfenchaft gefordert. Mögen die Gehilfen durch die herrschende Not noch so sehr an den Rand der Verzweiflung getrieben werden, jedes Mittel an den tariflichen Grundbächen wird ihnen als unersetzliche Verfündigung an der Tarifgemeinschaft verbucht; daß aber am diesjährigen Fests- oder Jahreslage des Deutschen Buchdruckervereins ein tarifamtlich gekennzeichnetes Tarifkinder auf Prinzipalitätsseite in Bad Wildungen sogar die Ehre hat, dem Deutschen Buchdruckerverein als Impresario zu dienen, das ist jedenfalls noch nie dagewesen. Ein neuer Beweis, wie die Taktik des Deutschen Buchdruckervereins das Gewerbe immer tiefer in den Sumpf führt. Wir können auf diesem „glänzenden“ Parkett noch einige Schritte weiter gehen; wollen aber vorläufig davon Abstand nehmen, um den Herren, die es angeht, Zeit zu lassen, sich darauf zu besinnen, wo sie noch den Mut hernehmen wollen, tarifwidriges Verhalten der Gehilfenchaft mit Pöchen auf ihre eigene „Tarifstreu“ zu verurteilen.

Es ist ferner eine unverantwortliche Verschönerung des Tarifgedankens, daß von der Organisationsleitung der Prinzipale die Parole ausgegeben wurde, kein Prinzipal sei berechtigt, seinen Gehilfen außer tarifliche Zulagen zu gewähren. Wenn dem so wäre, so hätte auch kein einziger Gehilfe mehr die Pflicht, seine Arbeitsleistung dem Unternehmer nach bestem Wissen und Gewissen oder nach dem Grundsatze zur Verfügung zu stellen, der dem Tarif als Motto vorangestellt ist. Gewiß schreibt der Tarifgedanke als Vertrag vor, daß keine wirtschaftlichen Arbeitsleistungen zulässig sind, die alle Verhandlungsmöglichkeiten zuerst zu erschöpfen sind, ehe von irgendeiner Seite zur Selbsthilfe geschritten wird; aber kein Wort im Tarif verbietet den Prinzipalen, den Gehilfen einen höheren Lohn zu bezahlen, als der Tarif mit seinen Mindestlöhnen vorschreibt.

Die Kaufkraft des Lohnes steht in gar keinem Verhältnis mehr zu den Arbeitsleistungen der Gehilfenchaft. Nimmt die Organisationsleitung der Prinzipale für sich das „Recht“ in Anspruch, trotzdem einer freiwilligen höheren Entlohnung der Gehilfenchaft durch organisatorische Druckmittel, Verpflichtungsscheine, Versammlungsbeschlüsse, geheime Rundschreiben, telefonische Anweisungen usw. usw. die Wege zu verarmeln, dann hat auch die Gehilfenchaft das „Recht“ zu ähnlichen Abwehrmitteln. Wobei noch zu beachten ist, daß es bei der Gehilfenchaft die bitterste Not des Daseins ist, die sie zu einer zunehmenden Mißachtung tariflichen Rechts treibt, während auf Prinzipalitätsseite alle diktatorischen Unterbindungen übertariflicher Entlohnung sich in der Regel gegen solche Prinzipale wenden, die als einsichtsvolle Menschen auch den guten Willen hätten, der hart bedrückten Gehilfenchaft entgegenzukommen. Dadurch wirkt die Taktik des Deutschen Buchdruckervereins indirekt arbeitshemmend.

Nicht am Verbandsvorstand und nicht an den Gehilfenvertreter liegt es, daß der Tarifausschuß trotz der schweren Not der Gehilfenchaft erst am 19. September zusammenzutreten kann, sondern einzig und allein an der Prinzipalsleitung. Sie kann die Not der Zeit nicht spüren, sonst würde sie selbst ein Verlangen danach haben, daß so schnell wie möglich neue Mittel und Wege auf tariflichem Gebiete gesucht werden, um aus der gegenwärtigen Zwangslage herauszukommen. Die Prinzipale scheinen waren zu können; aber die Gehilfenchaft kann es nicht mehr, oder nur noch mit Aufbietung ihres letzten Funken gewerkschaftlicher Selbstbeherrschung.

Nur dem Umstande, daß der gewerkschaftliche Solidartätsgedanke unter den deutschen Buchdruckern noch tief wurzelt, ist es zuzuschreiben, daß wir nicht schon seit Wochen in einem noch viel umfangreicheren Brunnen und Prüber stecken. Kann sich der Deutsche Buchdruckerverein nicht noch vor der nächsten Tarifausschubstzung zu einer einheitlichen vorläufigen Erleichterung der großen Notlage

der Gehilfenchaft aufrufen, so wäre er zum mindesten tariflich verpflichtet, alle seine organisatorischen und persönlichen Hemmungen einer freiwilligen Lohnerbhöhung an einzelnen Orten usw. sofort aufzuheben. Wir sind überzeugt, daß sich an diesen Orten sofort viel weniger Reibungen ergeben werden als unter den heutigen Zuständen, wo viele Prinzipale tagtäglich erklären, sie würden der Gehilfenchaft ganz gern entgegenkommen, wenn sie sich nicht hätten verpflichten müssen, bei Verfall von Konventionalstrafen oder Gefahr sonstiger Schikanen, alles abzulehnen, was nicht den Segen ihrer Organisationsleitung hat. Per kurzfristigen Tarif- und Gewerbepolitik des Deutschen Buchdruckervereins in den letzten Jahren ist es allein zuzuschreiben, daß die tarifliche Lohnbasis sich immer weiter verschlechtert hat, insoweit auch zur Zeit von großen Teilen der Gehilfenchaft einer zentralen Regelung kein besonderes Vertrauen mehr entgegengebracht wird. So bedauerlich dies auch im Interesse einer einheitlichen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen für das gesamte deutsche Buchdruckgewerbe ist, stärker als alle Organisationsformen ist der Wille zum Leben!

Aber den Willen zum Leben haben alle. Nur weil dem einzelnen die Lebensmöglichkeiten durch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung erschwert werden, haben wir uns gewerkschaftlich organisiert, um mit gemeinsamen Kräften ein soziales Fundament zu schaffen, auf dem alle und nicht nur einzelne Kreise bestehen können. Wir sind daher auch heute noch frohgeladener der Überzeugung; daß zentrale Vereinbarungen, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten, den ideellen wie materiellen Interessen der Arbeiterchaft weit dienlicher sind, als jede örtliche oder kreisweise Augenblicksregelung, die immer wieder schärferen Konkurrenzkampf auslösen, mit allen seinen gefährlichen Folgen für die Erhaltung mitsam errungener Positionen. So wie die Dinge jedoch heute leider liegen, scheint diese Erkenntnis nur wieder festeren Boden auf dem Umweg über gespaltene Einzelbewegungen finden zu sollen, und zwar haben wie drüben. Und gerade deshalb müssen Verbandsvorstand wie Gehilfenvertreter daran festhalten, daß die Kräfte der Organisation sich nicht vor der Zeit in Atome auflösen, sondern für den Zeitpunkt gesammelt und gestärkt werden, wo es sich darum handeln wird und muß, für ein höheres einheitliches Ziel die ganze Macht der Organisation einzusetzen. Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter kennen keine andre Pflicht, als der Gesamtheit der Kollegenchaft zu dienen; sie dürfen keine andre kennen! In der gesamten Kollegenchaft liegt es daher, zu beweisen, daß alle Kräfte sich auf ein Ziel konzentrieren, und das kann nur die bevorstehende Tarifausschubstzung sein.

Und dann noch eins und das letzte zu diesem ersten Thema: Mühen erheben die deutschen Arbeiterleinde insgesamt in der Gegenwart wieder ihr Haupt. Die Ersinder der Dolchstöße von hinten glauben, ihre Zeit wäre wieder gekommen; mit Phrasen nationaler und privatkapitalistischer Irrlehren, die uns in den Weltkrieg geführt haben, verfolgen sie ihre egoistischen Ziele. Sie rücken sich zum Sprunge, um die Arbeiterchaft wieder in ihre alten Fesseln zu schlagen. Wir Buchdrucker und ihre Führer werden vielleicht die ersten sein, die deren Schergen und Fängen ausgeleitet sein werden. Um so notwendiger ja beinahe noch notwendiger als das tägliche Brot ist es deshalb, daß wir zusammenhalten in Stadt und Land, in Groß- wie Kleinbetrieb; daß wir uns nicht in regel- und führerlose Gruppen auflösen, sondern trotz aller wirtschaftlichen Not nicht vergessen, daß hinter allen Verleuten in unsre Reihen Zersplitterung zu fragen, nur jene Kreise lauern, für die es keine Menschenrechte, sondern nur persönliche Herrsch- und Profitgier gibt. Und wehe uns, wenn wir diesen Kulturfeinden gegenüber kein geschlossenes Karree bilden! Nicht indem wir den Kampf suchen und ihn in Teilkaktionen auflösen, werden wir ihn bestehen, sondern indem wir vom Best bis zum Besten, von der Memel bis zur Mosel wie ein Mann hinter unsern Führern stehen!

Tarifausschussitzung am 19. September

Der „Korr.“ vom 25. August bringt der staunenden Buchdruckerwelt die Kunde, daß der Tarifausschuss den üblichen Beschluß gefaßt hat, auf neue zusammenzutreten — am 19. September. Dann wird man wieder sage- und wochenlang die Zeit mit Reden füllen, und schließlich wird der kretschende Berg ein Mäuselien gebären — so war es immer! Die Gehilfenschaft aber kann den Hungerleuten enger schnallen und philosphische Betrachtungen darüber anstellen, wie man es fertigbringen soll, mit dem Hungerlohn eines Buchdruckers sich und seine Lieben ernähren zu können — von Kleidung und anderm gar nicht zu reden.

Selt Wochen schon steigt die Teuerung in unbemerklicher Weise. Sogar die Reichsallstik, der man sicherlich nicht nachsagen kann, daß sie zugunsten der Arbeiterchaft arbeite, muß feststellen, daß der Monat Juli — also bevor die Brotpreisverhöhung mit ihren Folgen wirksam geworden ist — der teuerste Monat des ganzen Jahres war, und den bisher teuersten Monat Januar um ein Erkleckliches überholt hat. Die paar Pfennige, die man den Buchdruckern angeblich als Abgeltung der Brotpreisverhöhung zugestanden hat, waren durch diese Teuerung längst aufgetressen, als am 15. August die neue Teuerungswelle hereinbrach. Alle Arbeiterchaften ergreifen sofort Gegenmaßnahmen, überall kam es zu Lohnbewegungen, und in den meisten Fällen wurden erhebliche Lohnverbesserungen durchgesetzt, allerdings immer noch nicht genug, um die Teuerung auszugleichen.

Aber bei den Buchdruckern merkte man auch davon nichts. „Rube ist die erste Bürgerpflicht!“ das scheint die Parole bei uns zu sein. Ganz allgemein herrschte die Auffassung, daß es unmöglich sei, mit den letzten bewilligten Sätzen bis Ende September auszukommen. Die Not wuchs so riesengroß, daß ganz bestimmt damit gerechnet wurde, die Tarifgemeinschaft müsse früher als zu dem ursprünglich angelegten Zeitpunkt für ihre Angehörigen einen Ausgleich schaffen. Nur diese Annahme hat bisher verhindert, daß es zu besonderen blühenden Aktionen in größerem Maße gekommen ist. Und nun ein Schlag ins Gesicht der darbenenden Kollegen: Einberufung des Tarifausschusses auf den 19. September! Das heißt: weiteres Verharren, noch mehr Hunger für die Buchdruckergehilfen. Sie werden ja auch so „glänzend“ begabt — und im Vergleich zu ihnen geht es den Buchdruckernachnehmern so schlecht, daß man ruhig noch ein paar Monate mit einer Lohnverbesserung warten kann.

Man fragt sich unwillkürlich: Sind denn die maßgebenden Stellen von allen guten Geistern verlassen, daß sie nicht erkennen, wie innerhalb der Gehilfenschaft, durch grauamste Not getrieben, das Barometer auf Sturm steht? Der „Korr.“ schreibt sehr schön, daß „sachliche Schwierigkeiten allgemeiner Natur und insbesondere solche organisatorischer Art auf Unternehmerteile“ einer früheren Einberufung des Tarifausschusses entgegenstünden. Ja, zum Ausdruck, wenn solche Schwierigkeiten bestanden haben, dann müßten sie eben unter allen Umständen behoben werden. Not kennt kein Gebot, und die Not der Buchdrucker ist demnach geltegen, daß sie auf sogenannte „sachliche und organisatorische Schwierigkeiten“ keine Rücksicht mehr nehmen kann. Die Buchdruckergehilfen verlangen so für eine gründliche Aufhebung ihrer miserablen Löhne. Sie wollen und können nicht warten, bis ihnen die Weisheit des Tarifausschusses bzw. der Unternehmer vielleicht zu Anfang Oktober wieder einige Brosamen hinwirft.

So kann es auf keinen Fall weitergehen. Die Frankfurter in den einzelnen Orten und Bezirken bemühen sich nach Kräften, die Kollegenchaft von wilden Bewegungen abzuhalten und die gewerkschaftliche Disziplin zu wahren. Wenn man aber folgermaßen die Not der Kollegen verböhnt, wie das mit der Einberufung des Tarifausschusses am 19. September geschieht, dann wundern man sich nicht, wenn die Mitglieder allen lächnen Reden zum Trost zur Selbsthilfe greifen. Der Arbeitgeberchaft im Buchdruckergewerbe sei deshalb gesagt: Spannt den

Bogen nicht zu Kraft, spaltet nicht mit der Not der Gehilfenschaft, die Erregung ist riesengroß, und wenn sie zur gewalttätigen Entladung kommt, dann trifft die Schuld diejenigen, die es bisher mit allen Mitteln zu verhindern gewußt haben, daß den Gehilfen ein auch nur einigermaßen zum Leben ausreichender Lohn gewährt wurde. Nur allerchnellstes Eingreifen kann den drohenden Sturm beschwören. Lernet, ihr seid gewarnt!

Kassel.

W. Streik.

Bemerkungen zu dem Artikel „Kritikches zur Situation“

Mit Worten läßt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten,
Mit Worten läßt sich trefflich glauben,
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben.

Diese Worte aus Goethes „Faust“, erster Teil, kamen mir in den Sinn, als ich den Artikel des Kollegen Mommsauer aus Solingen: „Kritikches zur Situation“, in Nr. 94 des „Korr.“ gelesen hatte. In diesem Artikel wird mit vielen Worten unumderleglich zu beweisen versucht, daß die bisherige Taktik der Verhandlungsführung, der Gehilfenvertreter und der „Korr.“-Redaktion an den gegenwärtigen unerfreulichen Zuständen auf dem Tarifgebiet in unferm Berufe die Schuld tragen. Ich habe nicht nötig, die Verhandlungsführung und die „Korr.“-Redaktion besonders zu verteidigen, das werden die beiden Stellen schon selbst besorgen, aber ich halte es als Gehilfenvertreter für notwendig, da ich an den Tarifberatungen im Oktober, November 1920 und an den später folgenden Verhandlungen des Tarifausschusses teilgenommen habe und somit auch für die dort gefaßten Beschlüsse mitverantwortlich bin, etwas zu sagen, was im Interesse der Wahrheit gesagt werden muß. Wenn ich auch weiß, daß die Wahrheit heute von manchem nicht gern gehört wird, so muß trotzdem den Gedankengängen des Kollegen M. entgegengetreten werden, damit die Legendenbildung über die Vorgänge nach der Nürnberger Generalversammlung bis zur Urabstimmung über den neuen Tarif nicht noch weiter geht.

Richtig ist, daß die materiellen Ergebnisse der Tarifausschussitzung seit Oktober 1920 bis auf den heutigen Tag recht mager ausgefallen sind, richtig ist auch, daß die Gehilfenschaft Deutschlands — nicht allein die der westlichen Industriegebiete des Reiches — mit den Ergebnissen der „Verständigungen“ nicht zufrieden waren, nicht richtig dagegen ist, daß die Taktik der Gehilfenvertreter daran die Schuld trägt. Die Schuld an den geringen materiellen Ergebnissen der verschiedensten Tarifausschussverhandlungen tragen die gegenwärtigen Machtverhältnisse und die gesamte Wirtschaftslage. Aber gerade hier begeben viele Kollegen den großen Fehler, alles von den in ihrer Druckerlei resp. in ihrem Orte herrschenden Zuständen zu beurteilen, während bei den zentralen Verhandlungen selbstverständlich die Lage im gesamten Reich zu berücksichtigen ist. Hier müssen sich schon die Kritiker zukünftig einen weiteren Blick angewöhnen, sonst werden sie eben niemals das Richtige treffen.

Kollege M. schildert, wie die Nürnberger Generalversammlung Richtlinien für die Neuordnung der Dinge auf tariflichem Gebiet aufgestellt habe und wie die Gehilfenvertreter bei den Beratungen des Tarifs im November zuerst die Beschlüsse der Generalversammlung durchbrochen hätten, indem sie die Leitlinie, nach denen der neue Tarif aufgebaut werden sollte, fallen ließen bis auf einen Punkt: Urabstimmung“. Hier hätte Kollege M. schon ruhig die Richtlinien bekanntgeben sollen, denn der Hinweis auf das Protokoll der Generalversammlung genügt nicht, zumal ich weiß, daß das Protokoll der Nürnberger Generalversammlung nicht in dem Maße gekaut und gelesen worden ist, wie man dies von der Kollegenchaft hätte erwarten können. Sachlich erlaube ich mir da etwas anderer Meinung zu sein als Kollege M., denn der Hauptteil der Richtlinien ist verwirklicht worden. Zu Ziffer 1 der Richtlinien: Es hat eine mögliche Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Festsetzungen stattgefunden. Das unter Tarifgeleit hat in ein paar Para-

graphen und auf ein paar Seiten Kleinoktav zusammengebrängt werden kann, liegt an der Ungeklärtheit unferes beruflichen Arbeitsverhältnisses, nicht zuletzt an dem Verlangen so vieler Kollegen, alles „tariflich“ zu haben; aber vereinfacht und verdeutlicht wurde die tarifliche Form doch, wenn auch nur ein paar Seiten weniger Text der neue Tarif gegenüber dem alten aufwuch.

Die Ziffer 2 der Richtlinien ist voll durch die Gehilfenvertreter erfüllt worden, denn die Festsetzung des Mißbestimmungsrechts der gesamten Tarifkontrahenten bei den ordentlichen Tarifabschlüssen durch Einfügung der Urabstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat“ ist für die Gehilfenschaft durchgesetzt worden, trotz des starken Widerstandes der Prinzipalsvertretung.

Die Ziffer 3 der Richtlinien: „Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen sowie Aufnahme der Betriebsrätebestimmungen in verbesserter Form in den Tarif“ ist in ihrem ersten Teile, wenn auch nicht in völlig befriedigendem Umfang, erfolgt. Vertrauensleute haben größeres Mißbestimmungsrecht erhalten, dagegen gelang es nicht, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu verbessern. Hier spürten die Gehilfenvertreter den scharfen Widerstand der gesamten Unternehmerverbände, und weil die Verbesserung des Betriebsrätegesetzes nicht gelang, erübrigte sich auch die Aufnahme der Betriebsrätebestimmungen in den Tarif.

Ziffer 4 der Richtlinien ist nicht erfüllt worden; es gelang nicht, die „Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse“ zu erreichen. Und weil die Magensfrage in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen tatsächlich die erste Stelle einnimmt, so hatte die Gehilfenschaft allerdings ein Recht, mit der Arbeit der Gehilfenvertreter unzufrieden zu sein. Aber man bedenke: heute ist ein Diktator der Lohn- und Arbeitsbedingungen von irgendeiner Seite unmöglich. Solange aber zwei sich gegenüberstehende Parteien verhandeln müssen, wird die „Verständigung“ sich immer auf der mittleren Basis bewegen.

Ziffer 5 der Richtlinien verlangte „Umgestaltung der Lokalausschussbestimmungen durch Verringerung der Sitzensentlohnung und Aufhebung verschiedener weiteren und höheren Festsetzungen entgegenstehender Beschlüsse“. Dazu wäre zu bemerken, daß der erste Teil dieser Richtlinien nicht verwirklicht wurde, dagegen ist der zweite Teil erfüllt worden. Die gerechte Regelung der Lokalausschüsse ist ein so schwieriges Problem, daß daselbe nicht so bald und überhaupt wohl kaum gänzlich erledigt werden kann. Hier glaubt sich wohl jeder Ort ohne weiteres benachteiligt und das Ausspielen der Orte gegeneinander ist in diesem Punkt ein gebräuchliches Mittel geworden. Jeder Gehilfenvertreter wird mit dies befülligen können, und wenn diese einmal in der Lage wären, die von den einzelnen Orten zur Festsetzung ihres Lokalausschusses gegebenen Begründungen veröffentlicht zu können, die Kollegen würden die Richtigkeit des hierüber abgeleiteten Befähigt finden. Die gesamte Gehilfenvertretung ist sich darin einig, daß die heutige Form der Lokalausschussfestsetzung sehr verbesserungsbedürftig ist, leider hat sie ein System, das einmalig eine gerechte Einstellung garantieren würde, bisher noch nicht ausfindig machen können. Wir leben ja auch, daß die Regierung und die Beamten mit ihrer Diskussionsentlohnung, worauf sich ja unsere Lokalausschüsse stützen, nicht zufrieden sind und sich nicht einig können, trotz langwieriger Verhandlungen und Herbeischaffung von ausgiebigem und umfangreichem Material. Auch die von den Beamten teilweise gewünschte Bildung von Wirtschaftsgebieten weiß neben Nichts auch sehr viel Schattenseiten auf, und es steht heute schon fest, daß damit auch nicht der gerechte Ausgleich gefunden wird. Der Tarifausschuss glaube aber einmal das Schwergewicht der Verhandlungen gerade über diesen Punkt in die örtlichen Beratungen zwischen den beiden Parteien legen zu sollen. Das dabei herausgekommene Ergebnis konnte aber ganz und gar nicht befriedigen, denn im Verhältnis zur Gesamtzahl kam nur in wenigen Orten eine Verständigung zwischen den Parteien über den als gerecht anzusehenden Lokalausschlag zustande. Man bedenke aber einmal folgendes: Gelingt es den Parteien an Orte nicht, eine Verständigung über den Lokalausschlag herbeizuführen,

Buchgewerbe und Messe

In Leipzig findet zur Zeit die übliche Herbstmesse statt. Unter den in Deutschland bekannten Messen ist sie neben der Frankfurter diejenige, die, auf jahrhundertelanger Tradition beruhend, von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung geworden ist. Wie auf der Frankfurter so ist auch auf der Leipziger Messe ein Zweig vertreten, der diesen internationalen Warenmärkten die Beachtung des Buchgewerbers sichert, nämlich die Erzeugnisse der graphischen Industrie. Diese Begehungen des Buchgewerbes zum Meßwesen, die sich seit Ende des Krieges etwas immerger verknüpfen, sind nicht neu, sondern, soweit der Buchhandel dabei in Frage kommt, so alt wie die Messen selbst. Anhänger Gutenbergs, ja sogar Faust und Schiller, waren es zuerst, die auf der Frankfurter Messe in Verkehr mit Buchhändlern und Schriftstellern trafen. Viele Frankfurter Büchermesse war ein Ereignis im wirtschaftlichen und geistigen Leben der deutschen Nation.

Nach der Reformation errang sich Leipzig die Stellung einer buchhändlerischen Zentrale. Und um die Mitte des 18. Jahrhunderts galt Leipzig als die Stadt der Bücher und Messen. Wesentlich zu diesem Aufschwunge hat in Leipzig ein Stamm tüchtiger, am Ort anfälliger Buchdrucker beigetragen, es sei nur an Kunz Stachelosen, Valentin Schumann und Meßchor Votter, den Bibeldrucker, erinnert. In dem Bestreben nach Vereinfachung des geschäftlichen Verkehrs und um gegenüber der unläutereren

Konkurrenz und der damals üblichen Missete des Nachdrucks eine sichere Waffe in den Händen zu haben, bildeten sich alsbald die großen buchhändlerischen Organisationen heran, die noch jetzt die Träger des Buchhandels sind. Damit begann sich der Buchhandel von der Messe zu lösen, ein Prozeß, der dann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als sich aus den Warenmessen die Messermessen entwickelten, restlos durchgeführt wurde.

Lange Jahre beschränkte sich alsdann das Buchgewerbe auf die Rolle eines Vermittlers im internationalen Warenverkehre. Das lausendzünglige Sprachrohr, das in Form des bedruckten Papiers die Druckerläute verläßt und zu den Handels- und Industriezentren der Welt hinausflattert, leistete den Mehrverarbeitern Werbearbeit von unschätzbarem Werte. Die Herstellung von Mehrdrucksachen wurde zu einer Art Spezialitätentum des Buchdruckergewerbes. In unmittelbarer Weise kamen die Erzeugnisse der graphischen Industrie auf der Leipziger Messe dabei nicht zur Geltung.

In der nachkommenerlichen Zeit hat der Meßgedanke eine ungeahnte Kraft entfaltet. Zahllos sind die in- und ausländischen Städte, die mehr oder weniger bedeutame Messen veranstalten. Leipzig behauptet weiterhin sein Primat, und Frankfurt a. M. ist hartnäckig bemüht, seine einflige Bedeutung als Meßstadt wieder zu erlangen. Eine Station auf diesem Wege ist die Sonderausstellung „Das deutsche Buch“. Der Erfolg, den diese Spezialmesse,

auf der das deutsche Schrifttum in seinen qualifizierten Erzeugnissen vertreten ist, erzielt hat, ließ auch die Leipziger Meßverantwortlichen nicht ruhen. Sie riefen in Gemeinschaft mit dem Deutschen Buchgewerbeverein, Leipzig, eine Sondermesse ins Leben, die unter dem Namen „Büchermesse“ ausschließlich im Frühjahr und Herbst in höherem Maßstabe die ganze Fülle von buchgewerblichen Erzeugnissen zur Schau stellt, wie es in großartig-lebensreicher Weise auf der graphischen Weltausstellung 1914 der Fall gewesen ist. Das man weiterhin bestrebt ist, das Buchgewerbe in all seinen künstlerischen, technischen und volkswirtschaftlichen Problemen auf den Messen gewissermaßen zur Darstellung zu bringen, geht beispielsweise daraus hervor, daß zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse der anerkannte Graphiker Professor Behrens eine Sonderchau, die „Reklameburg“, eröffnet hat. Mit dieser Sonderchau sind Bestrebungen verbunden, die auf eine künstlerische Durchgestaltung der Reklame abzielen. So ist die Messe dem Buchdrucker wieder Selbstzweck geworden. Und wenn die Messen der Gegenwart auch nicht frei von volkswirtschaftlichen Krankheiten sind, deren tiefer Ursache in den zerstückelten sozialwirtschaftlichen Verhältnissen unferer Tage zu suchen ist, so stellen sie doch die vollkommenste Form des Geschäftsverkehrs dar. Ein Umstand, der von einer weiteren günstigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Buchdruck und Messe das Beste für unter Gewerbe erhoffen läßt.

Leipzig.

Wilhelm Gule.

die doch am besten noch in der Lage wären, die vorläufig vorhandenen Verhältnisse abzuschätzen, um wieviel schwerer liegen dann die Dinge bei der zentralen Regelung gerade über diesen Punkt. Dagegen ist es der Gehilfenvertretung nach heftigen Auseinandersetzungen im sogenannten kleinen Tarifausschusse gelungen, die Bestimmung zu bewilligen, wonach die Orte der Klasse A nicht über 20 Proz. hinausgehen sollten. Ein Teil dieser Orte hat denn auch daraufhin den Höchstlohn von 25 Proz. Lohnszulage erteilt, den übrige Teil wird darin noch zu erwägen, wenn die bisherige Form der Lohnszulageordnung aufrechterhalten bleibt. Vielleicht bemerken Sie aber auch einmal andere Beispiele in der Kollegenchaft, um ein System in der Lohnszulagebewertung ausfindig zu machen, das alle die Mängel beseitigt, die dem heute gültigen Systeme noch anhaften.

Ziffer 6 der Richtlinien verlangt „Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden von Feiertagen; ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Mit anderen Worten: Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden die Woche. — Da erlaube ich mir einmal eine Gemüthsfrage: Wer von den Delegierten der Nürnberger Generalversammlung hat nicht die Überzeugung gehabt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden die Woche bei der Tarif-Erneuerung 1920 den größten Widerstand der Unternehmer finden würde? Auf der Generalversammlung hat man vielleicht ausprechen hören, daß der organische Umbau, die Weiterentwicklung und die Verbesserung des Tarifvertrags eine ernste Zukunftsaufgabe des Gewerbes sein müsse. Und ich bin der Auffassung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in nennenswerter Weise nur von den wichtigsten Delegierten vom Jahre 1921 ab für möglich gehalten wurde. Es ist versucht worden, den Widerstand der Prinzipale in der Frage: „Verkürzung der Arbeitszeit“, zu brechen; mit Zähigkeit haben die Gehilfenvertreter darin gearbeitet, das Beschlusprotokoll weiß es aus. Wenn es dann aber trotzdem nicht gelungen ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit im Tarifausschusse durchzuführen, dann mache man bitte dafür nicht die Gehilfenvertreter verantwortlich. — Dagegen sind Maßnahmen durch Bestimmungen des Tarifs geschaffen worden, die eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in sich tragen: Beschränkung der Lehrlingszahl, Einstellungsprüfung und Ausbildung der Lehrlinge, Einzelmaschinenystem im Druckerlaafe. Würde seitens der tarifstreuen Gehilfen mehr als bisher dafür gesorgt, daß diese Bestimmungen voll und ganz zur Durchführung gelangten, dann lände noch mancher arbeitslose Kollege dauernde Beschäftigung im Berufe. Die Lehrlingsbestimmungen wirken sich in ablehbar beengter Zeit aber bestimmend auf die heute noch vorhandene Überfüllung des Berufs aus. Aber auch hier muß jeder einzelne Kollege Konformität sein und vorhandene Missetände in einer Forderung „sollten nicht erfüllt, da das heute noch ist der Fall“ — nicht werden, weiter: „Aber in“ „Stück“ — „Aber“ — „Bude“ — „gebt“ — „über“ — „gegangen“ — „wird“ — „sondern“ — „johort“ — „weil“ — „solche“ — „Tarifwidrigkeiten“ — „ist“ — „einstellen“ — „oder“ — „beabsichtigt“ — „sind“, muß dagegen eingeschritten werden.

Die Ziffer 7 der Richtlinien hat aber vollinhaltlich Bewirklichung gefunden, denn die Tarifbauern ist auf zwei Jahre festgelegt worden, und die Regelung der Feuerungsanlagen erfolgt in kurzen Zeitabschnitten. Dabei ist allerdings belone und dies auch schon eingangs meiner Ausführungen ausgesprochen habe, daß das Ausmaß in der Feuerungsanlagenhöhe viel zu gering gewesen ist.

Das sind die Richtlinien, die von der Nürnberger Generalversammlung zur Tarif-Erneuerung 1920 aufgestellt waren. Auf Grund dieser Richtlinien ist die Antragstellung der Gehilfenchaft vor sich gegangen, und wir berufen gewesen ist, die gestellten Anträge durchzuführen, der wird nicht allein ob der großen Anzahl, der verschiedenen, oft sich widersprechenden Wünsche aus den einzelnen Orten, sondern auch ob der Durchführungsmöglichkeit und Nützlichkeit der verschiedensten Anträge anderer Meinung gewesen sein, als die Antragsteller in ihrer zweifellos guten Absicht, der Allgemeinheit der Kollegenchaft damit zu dienen. Man wolle bitte auch hier bedenken, daß die Unteränderung der Gehilfenchaft auch den Einwirkungen der entgegengegesetzten Antragstellungen ausgesetzt sind. Daß die Anträge der Prinzipale diametral den Anträgen der Gehilfen gegenüberstehen, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Eine Kommission, bestimmt von der Nürnberger Generalversammlung, hat dann die von den einzelnen Mitgliedern gestellten Anträge zur Tarif-Erneuerung geschickt und daraus eine einheitliche Vorlage gemacht, die dann als Unterlage für die Gehilfenvertretung bei der Beratung des Tarifs diente. Diese Gehilfenvorlage ist in den Mitteilungen der Kollegenchaft wie auch im „Korr.“ bekanntgegeben worden, und sicherlich haben viele Kollegen da die Überzeugung gewonnen, daß manches, was in der Vorlage enthalten war, nicht auf den ersten Blick zu erreichen sein würde. Mir ist dies unausgesprochen gesagt worden, als ich in einer Versammlung einer großen Mitgliederchaft des Kreises II darüber gesprochen habe.

Für die Gehilfenvertreter lagen die Dinge also praktisch so: Sie hatten den neuen Tarif in seinem Wortlaute mit den Unterabändern der Prinzipale zu formulieren und dieses Ergebnis dann der Gehilfenchaft zur Abstimmung zu unterbreiten. Daß die Gehilfenvertreter dabei das Beste für die Gehilfenchaft herauszuholen suchten, braucht nicht besonders betont zu werden, dies ist oftmals auch von den Kollegen im Reich anerkannt worden, wenn es aber nicht gelang, alle Wünsche restlos durchzuführen, so lag dies an Umständen, die ich schon im vorstehenden erwähnt habe. Die gesamte Gehilfenchaft hatte in der Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Tarifs zu entscheiden, und zwar hat sich die Mehrheit für Annahme ausgesprochen; nachdem dies geschehen, sollte man auch die Ge-

hilfenvertreter nicht mehr für den Tarif verantwortlich machen.

Es ist nicht richtig, was Kollege Mombauer an zwei Stellen seines Artikels behauptet, nämlich, daß die Gehilfenvertreter die von der Generalversammlung aufgestellten Richtlinien fallengelassen und beiseite gelassen und damit die Beschlüsse der Generalversammlung durchbrochen haben, sondern richtig ist, daß die Gehilfenvertreter den Auftrag der Generalversammlung ausgeführt, den Tarif, wenn auch weniger in der Form, sondern mehr dem Inhalte nach verbessert und dieser Entwurf der Kollegenchaft zur Abstimmung unterbreitet haben. Damit hatten die Gehilfenvertreter ihren Auftrag erledigt und die Gehilfen hatten die Entscheidung. Und die Mehrheit der Gehilfen hat nach meinem Dafürhalten richtig entschieden. Das könnte sich noch einmal zeigen, wenn der Tarifvertrag bei uns über Bord geworfen würde. Allerdings die Lohnfrage scheidet ich aus, die ist ungenügend gelöst worden, und es muß alles getan werden, um hierin eine Besserung herbeizuführen. Das kann aber nur geschehen im Sinn einer zentralen Regelung, wie dies die Nürnberger Generalversammlung ebenfalls unabweisend ausgesprochen hat. Wer anders handelt, löst die Disposition der Gehilfenvertretung und erschwert dadurch die Arbeit derselben.

Ich bin mir klar darüber, wenn wir in unserm Beruf die zentrale Regelung unseres gesamten Arbeitsverhältnisses verfolgen würden, dann würden wir an manchen Orten materiell besser abschneiden. Aber man lasse sich nicht verblenden, daß erst durch die zentralen Abmachungen die nicht zu unterschätzenden ideellen Bestimmungen des Tarifs durchgeführt werden konnten. Dies ist mir einmal bei einer Unterredung deutlich zum Bewußtsein gekommen. Ein Herr, der über die Ängstlichkeiten und Wünsche der Buchdruckereibesitzer auf Grund seiner Tätigkeit sehr genau unterrichtet ist, sagte bei dieser Gelegenheit dem Sinne nach: „Nicht doch die zentrale Regelung eurer Lohn- und Arbeitsbedingungen fallen, schaff! Lokal- oder Bezirksstärke, legt darin nur die hauptsächlichsten Bestimmungen über Dauer der Arbeitszeit, Lohn u. dgl. fest, und alles andere überläßt der freien Vereinbarung, und ihr werdet erfahren, daß der Lohn sich dann auch dem andern Berufsgruppen anpaßt“. Also fort mit den Maschinenbestimmungen, der Lehrlingskala, der Ferienordnung und einiges andre mehr, und die Lohnfrage wird dann auch in unserm Berufe lokal- oder bezirksweise besser geregelt! Wer von der Gehilfenchaft ist bereit, um diesen Preis das Experiment zu machen? Ich glaube, es dürften nicht allzu viele sein, denn für so kurzfristig habe ich die Kollegenchaft nicht.

Aber auch zu der von Kollegen Mombauer gezogenen Schlussfolgerung muß noch etwas gesagt werden. Er schreibt nämlich: „Die Gehilfenvertreter hätten im Oktober vorigen Jahres, als die Zeit noch günstig war, die Entscheidung der Gehilfenchaft anzuken müssen; aber da hat man sich mit einer erschwerten Lohnzulage abgefunden und wochenlang bei den Tarifverhandlungen hin und her gelaufen, immer in dem Glauben, noch etwas Erprobliches herauszubringen, dabei aber alles preisgegeben!“ Hier gibt Kollege M. von einer solchen Voraussetzung aus, denn tatsächlich war im Oktober/November 1920 die Situation für uns durchaus nicht günstig. Als Beweis nur die eine Feststellung: Der Tarifausschuh wandte sich in einem Anruf an das Buchdruckunternehmen um Einstellung von Gehilfen, an die Behörden, private Gesellschaften usw. von Aufträgen, damit für die vielen arbeitslosen Gehilfen im Buchdruckgewerbe Arbeitsgelegenheit geschaffen würde. Und es kann gesagt werden, daß dieser Anruf auch einigen Erfolg gehabt hat, die Arbeitslosenliste wurde geringer. War dieser Anruf etwa ein Zeichen von einer besonders günstigen Konjunktur im Buchdruckgewerbe? Ich meine, er lag gerade das Gegenteil.

Man habe sich also kein System mit noch so schön gezeichneten Worten zurecht, man beachte die Wirklichkeiten des Lebens und lebe in jedem Falle wollen und können in Beachtung bei allen Maßnahmen, die die Gesamtheit betreffen. Handelt man so, dann kann man nicht zu der Auffassung kommen, daß die Verhandlungsstatik der Gehilfenvertreter die Lage der Gehilfenchaft auf materiellem Gebiete verschuldet hat. Man beachte auch in diesem Fall einmal die Schillerische Weisheit:

Eng ist die Welt und das Gehirn ist weit —
Recht belienbarer wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stehen sie die Sachen.

Die Gehilfenvertretung hat namentlich im letzten Jahre oftmals festgestellt können, daß „hart im Raume sich die Sachen stehen“, und das könnte auch dem Kollegen M. passieren, wenn er in der Haut der Gehilfenvertreter stecken würde.

Klin.

Joseph Bertram.

Ein Ratschrei

Wieder ist eine Wirtschaftsbeihilfe von den für das Buchdruckgewerbe maßgebenden Tarifbesitzern vereinbart worden und die erste Rate derselben am 20. August zur Auszahlung gelangt. Leider entspricht indes auch diese Beihilfe nicht den durch die abermals emporschneidenden Lebens- und Verbrauchsmittelpreise bedingten Forderungen der Arbeitnehmer, und deren berechtigter Anwalt äußerte sich in allen Versammlungen, in denen über die Tarifgehabten Verhandlungen verhandelt wurde. In vielen Orten war man sogar zum Lohnkampf entschlossen, und nur mit großer Anstrengung der führenden Kollegen gelang es, den Gedanken der Einheitsfront aufrechtzuerhalten. In allen diesen Versammlungen aber wurden die leitenden Stellen aufgefordert, bei neuen Verhandlungen mit aller Entschiedenheit für die Erreichung sehr

gemäßer Löhne einzutreten und nötigenfalls zum letzten Mittel, zum Kampf auf der gesamten Front, zu greifen.

Glückliche Kollegen, die ihr noch ein derartiges leichtes Mittel an der Hand habt! Welches Mittel, ihre Einkünfte zu erhöhen, bleibt aber den Unglücklichen, die in der heutigen fürchterlichen Zeit infolge Altersschwäche, andauernder Krankheit oder Unglücksfall nicht mehr in stande sind, sich und ihre Familie durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren — euren Invaliden, zu denen auch der Unterzeichnete leider gehört? Was anscheinend letzte Mittel, der Anruf an das so oft gepriesene Soldatengeld und an das gute Herz der Kollegen auf der letzten Generalversammlung verlagte vollständig, denn die Erhöhung der Invalidenunterstützung um 50 Pf. auf 2 Mk. täglich, gleich 14 Mk. wöchentlich, wird wohl niemand auch nur als einen Tropfen auf einen heißen Stein ansehen. Von einer Feuerungszulage oder Wirtschaftshilfe war erst gar nicht die Rede. Man führte aus, es sei unmöglich, die Beiträge noch mehr zu erhöhen, als dies geschehen, der Staat müsse gezwungen werden, für diese Bedauernswerten einzutreten, und dergleichen mehr.

Wenn ich den Anruf an die Generalversammlung als das „anscheinend“ letzte Mittel bezeichnete, so will ich nun zu dem allerletzte Mittel greifen, zum Anruf an den Gerechtigkeitsmann der Kollegen. Hierzu muß ich allerdings etwas weiter zurückgreifen. Der Deutsche Buchdruckerverband wurde ursprünglich zwar zur Erlangung einheitlicher zeitgemäßer Lohnbedingungen geschaffen, Tragfähigkeit und Eingebürgert hatten aber den großen Teil der damaligen Kollegenchaft vom Anruf an ihn zurückgehalten, wenn er nicht zugleich die Versicherungszweige gegen Krankheit, Todesfall, Stellunglosigkeit am Ort und die Vorkasse für Kollegen auf der Wanderschaft eingestrichelt hätte. Durch letztere wurden natürlich die jungen Kollegen zum Verbands herangezogen, ein großer Teil der älteren Kollegen hielt sich aber noch zurück, bis es endlich gelang, dem Verband auch den Versicherungszweig gegen Alter und Invalidität anzuschließen. Nun konnte gesagt werden, daß das Verbandsmitglied gegen alle Gefahren des Lebens geschützt sei, und nun schwang der Verband sich zu einer großen Misglaubezahl und zu einem Kapitalbestande von Millionen auf, durch den die großen Kämpfe um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit in den Jahren 1876 und 1890 ermöglicht wurden. Der Verband ist hiernach durch die Versicherungszweige und unter diesen hauptsächlich durch den gegen Alter und Invalidität geführt geworden. Heute aber scheint man diese als Nebenache zu betrachten, man schenkt auch die damals eingegangenen Verpflichtungen vergessen zu haben, die Kollegen im Alter und im Invaliditätsalter zu schützen. Ja, wird man entgegen, was wollt ihr denn, damals war als Invalidenunterstützung 1 Mk. täglich festgesetzt und ihr erhaltet nun sogar 2 Mk., also das Doppelte. Ganz richtig, wertere Kollegen, nur mit dem Unterschiede, daß das damals 1 Goldmark, gleich mindestens 10- bis weiniger Papiermark täglich oder 70 Papiermark wöchentlich war, während wir heute 14 Papiermark erhalten. Nun wollen wir uns auch einmal die heutigen hohen Beitragsleistungen ansehen, denen ich die Breslauer Verhältnisse zugrunde legen will, weil mir die anderer Orte nicht mehr in der Erinnerung sind. Wir zahlten bereits etwa 3 Mk. Verbandsbeiträge, als das Minimum 24 Mk. betrug, also fast den achten Teil des Lohnes, jetzt aber werden 8 Mk. bei 200 Mk. Verdienst bezahlt, also nur der dreißigste Teil! Ich glaube infolgedessen bestimmt, daß die Kollegenchaft auch heute noch einige Mark sparen würde, um die wirklich grobe Not der Invaliden zu lindern, so wie wir jederzeit ein offenes Herz und einen offenen Geldbeutel hatten, um notleidende Kollegen zu unterstützen, Streikunterstützungen zu zahlen oder während des Krieges Frauen und Kindern von ins Feld gezogenen Kollegen hilfreich zur Seite zu stehen. Dieses Soldatengeld sollte bei den Buchdruckern nicht erhalten, denn sonst dürfte es der heutigen jüngeren Generation vielleicht noch schlechter ergehen, wenn Alter oder andre Gebrechen sie selbst arbeitsunfähig machen.

Dem Hauptvorstande sind die Hände gebunden, weil er ohne den Willen der Generalversammlung einschneidende Veränderungen nicht vornehmen darf. Wo aber ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg. Der Hauptvorstand hat auch bereits einige Schritte auf diesem Wege unternommen, indem er in dankenswerter Weise den Invaliden zum Jubiläum ein Geschenk von je 100 Mk. ausließ, und es verlaßt, daß ein gleiches Geschenk für das Weihnachtsest geplant ist. Aber, wertere Kollegen, diese 100 Mk. auf ein halbes Jahr, gleich noch nicht 4 Mk. für die Woche, sind eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Schaffen Sie auch den Invaliden eine Feuerungszulage oder eine Wirtschaftshilfe und machen Sie bei der nächsten Sitzung zur notwendigen Erhöhung der Löhne den Arbeitgebern gegenüber geltend, daß Sie dafür sorgen müssen, diejenigen nicht im Elend verkommen zu lassen, die in harter Arbeit für ihre Arbeitgeber allerschwach und sich geworden sind. Vielleicht würde sogar eine diesbezügliche Anregung unseres Hauptvorstandes beim Vorstande des Deutschen Buchdruckervereines irgendwelches Entgegenkommen finden. Sollte jedoch der Hauptvorstand frohdem und alle dem außerstande sein, etwas für die Invaliden in angebotener Weise zu tun, so erinnere ich daran, daß die Gewerbetreibenden schon wiederholt einschneidende Beihilfen gefordert haben, die dann vom Hauptvorstande ausgeführt wurden. Denn wenn wir Invaliden unter den jetzigen Verhältnissen bis zur nächsten Generalversammlung fortlassen sollen, so würde inzwischen gar mancher der gütlichen Vereidung zum Opfer fallen.

Breslau.

Maximilian Bechtold.

Briefkasten

O. S. in Wismar: Richtig in Umbildung in eine Zwangs-Insung. - S. 31. in Gennefeld: 4, 50.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Vorsprecher: Emil Surfurth, Nr. 1191.

Bekanntmachungen

Vor Annahme einer Kondition anfragen!

Alle Mitglieder, die Kondition an einem andern Ort annehmen wollen, seien auf die im § 17 der Bestimmungen über die Unter- stellungen (S. 24 der Satzungen) enthaltene Verpflichtung hin- gewiesen, vor Annahme der Konditionen Grundfragen über die be- treffende Firma bei dem zuständigen Funktionär einzusehen. Die Rückantwortung liegt den nachfolgenden Funktionären ob:

- Gau Bayern: Hans Hemmerich, München, Holzstraße 24 I.
Berlin: Albert Malsan, Berlin SO 16, Engelstraße 145 I.
Danzig (Kreisallgebiet): Arthur Kühner, Danzig, Wilschols- berg 15.
Dresden: Wilh. Freitag, Dresden, Mahldienstraße 7 I.
Cresdenberg-Doglan: Erich Dreifeld, Chemnitz, Delalozzi- straße 7.

Gau Frankfurt-Rhein: W. Repsch, Frankfurt a. M., Alter- beilgenstraße 81 III.
Samburg-Altona: Fr. Runkler, Samburg, Bienenblen- berhof 57 II.

- Hannover: Oskar Pfingsten, Hannover, Nikolastr. 7 II.
Leipzig: Leopold Seifelsbarth, Leipzig, Brüderstraße 9 I.
Meinberg: Theodor W. Bahndt, Schwerin, Poststraße 19.
Mittelschlag: Friedrich Conrad, Mannheim, U. 2. 3. p.
Nordsee: Franz Gieseler, Bremen, Baumstraße 26 I.
Oberelbe: Karl Biersdorf, Freiburg i. Br., Oberau 71 III.
Oder: Oskar Reiche, Stettin, Turnerstraße 10.
Ostpreußen: S. Reiner, Königsberg i. Pr., Mitteltrag- heim 14 I.
Rheinland-Westfalen: F. Bertram, Köln, Gereonshof 28.
Südsee: S. König, Halle a. d. S., St. Klausstr. 7 I.
Sachsen: Hans Gieseler, Dresden, Kupferstraße 11.
Schlesien: Franz Gieseler, Stettin, Kahlenstraße 34.
Thüringen: Emil Prag, Weimar, Döllnstraße 36.
Württemberg: O. Klein, Stuttgart, Heußelstraße 54.

Welchem Gau der betreffende Ort angehört, ist aus dem Ver- zeichnisse der Trudorte auf S. 43-61 der Verbandsatzungen zu entnehmen.

Betreffend Adressen der Vorstehenden der Bezirksabteilungen

Unter Hinweis auf die Veröffentlichung in Nr. 79 des „Storr.“ ersuchen wir die Vorstehenden der Bezirksabteilungen, die Ihre

Adressen bisher noch nicht einsandten, um schnelle Nachholung des Verzeichnisses. Die Veröffentlichung der Adressenliste soll möglichst bald erfolgen. Der Verbandsvorstand.

Adressenveränderungen

Bremerhaven und Umgebung, Alle Zuschriften für den Bezirk Meier-Gise und den Ortsverein Bremerhaven und Umgebung sind an Fr. Stüdelmeyer, Lebe, Bezirk Bremen, Pieperstraße 2 II, zu richten.
Gotha, Ortsvorsitzender: Paul Thling, Rangenfänger Straße 7.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Bayern der Seher I. Felix Hartl, geb. im Wilschhofen 1900; 2. Mathias Hartl, geb. in Wilschhofen; waren jedoch Mit- glieder. - Hans Kemmerich in München, Holzstraße 24 I.

Veranstaltungskalender

Berlin, Maschinenbauerverammlung Sonntag, den 4. Sep- tember, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dohn- straße 2.
Dresden, Maschinenbauerverammlung Sonntag, den 4. September, vormittags 10 Uhr, im „Klubhaus“, Eaal II, Kadetberg.
Berlin am 10. September, Sonnabend, den 3. September, abends 8 Uhr, im „Heinrichst.“. (Stierja eine Beilage.)

Erster Akzidenzsetzer

Im Entwurf und Ausführung moderner Arbeiten bewandert, gesucht. Herren, die eine gute Bekanntschaft mit Zeugnissen nachweisen, werden bevorzugt.
Angebote an: Gebrüder Sösch, Samburg, Brandende 12.

Liniotypsetzer

für dauernde Stellung sofort gesucht.
Paul Aug & Co., Nürtingen I. O.

Tüchtiger Maschinenmeister

(unverheiratet) für seinen Akzidenz- und Illustrationsdruck sofort gesucht.
Angebote mit Zeugnissen und Wohnortangaben an: W. Kullmann, Buchdruckerei, Magen I. W.

Illustrationsdruckmaschinenmeister

nur erste Kraft
für seine Kataloge, zum baldigen Eintritt in angenehme und dauernde Stellung gesucht.
Bewerbungen mit Zeugnisausschnitten und Druckproben erbeten an: Graphische Kunstanstalt Hoffmann & Meißner, Odröth.

Monotypsetzer

(Modell C), 25 Jahre alt, ledig, sucht dauernde Stellung. Gleich wohin. Besteht Gutes im wissenschaftlichen und Tabellenab, würde auch im Handabsetz ausbilden. Gute Kenntnisse in allen Gattungen, einschließlich Musiknotenab. Eintritt 14 Tage nach Engagement.
Angebote unter A 556 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Akzidenzsetzer

für Entwurf und Kompositionen, Schluß, Abzug, geschmackvolle, moderne Anordnungen, ein- und mehrfarbig, für Hand- und Gussdruck heranzubringen, gesucht.
Angebote mit Zeichnungen, Bild, Zeugnisausschnitten und Gehaltsansprüchen an die Buchdruckerei Braunbühler, Zweibrücken.

Akzidenzsetzer

welcher tüchtig ist, geschmackvolle Druck- sachen nach eigenen Entwürfen zu setzen und gleichzeitig setzschönlich schreiben kann. Schriftliche Angebote mit Zeugnisausschnitten und Gehaltsansprüchen an Schacht & Westert, Samburg I, Nr. Tackestraße 16 24.

Schriftsetzer

für mathematischen Zeichner gesucht.
Angebote unter Nr. 572 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, erbeten.

Verlagskorrektor

gelesen Alt-, Griechisch, besorgt 562) W. Gierke, Samburg 8.

Monolinearsetzer

für Mathematik, gute Kenntnisse, in sehr angenehmer Familienstellung möglichst bald gesucht.
Weserdruckerei, O. m. b. S., Sameln.

Monotypsetzer

für Mittel Arbeit, handige Kraft und mit dem „Wormer“ vertraut, verkauft, wegen 2000 um Wonnemöglichkeit ledig, für seinen Beruf und Katalog, per bald gesucht. Bewerber mit eigenen Kenntnissen der hochlandischen Sprache werden bevorzugt.
Angebote an: W. Gierke, Samburg 8, Druck- und Verlagshaus Schlöffer & Sohn, Berlin, Linden a. d. Westen.

Typographiker

für B-Maschine in selbständige, dauernde Stellung gesucht.
Wilhelm Pfeufse & So., O. m. b. S., Offenbach.

Schriftsetzer

(oberärztlicher Ausschlag), 22 Jahre alt, durch Einleiten der dreifachen täglichen Reinigung im Kreise Antritt Stellungsgesuch, sucht sofort oder später dauernde Stellung als Anleiter- und Akzidenzsetzer.
W. Hülse, [550] Trebnitz I. Echlel, Müllersche Straße 6.

Jungler Schriftsetzer

(Kriegsbesch.), in all. Sahart, gut bew., sucht Stell., wo ihm Gelegenheit gebot., sich an der Schmalzerei auszubilden.
Vell. Ang. an F. Schatz, Neuba a. d. H.

Schriftsetzer

19 1/2 Jahre alt, firm in Akzidenz-, Werbe-, Zeichnungs- und Tabellenab., sucht Stell. für sofort in Dresden. Gutes Zeugnis.
Angebote an: [572] Hans Gauß, Halle a. d. S., Gies 10.

Schriftsetzer

27 Jahre alt, in allen Gattungen bewandert, sucht für sofort eventuell Oktober Wechselstellung.
Angebote unter M. L. 567 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Saargebiet oder Pfalz

Typographiker, ältesterer Kraft, jahrelangige Praxis, vertraut mit sämtlichen Modellen sowie eichr. Feigung, guter Maschinenkennner, äußerst hochred. und hohe Leistung, Mehrwöchiger, Sucht zum 15. September oder 1. Oktober gutbezahlte Lebensstellung.
Vell. Off. unter M. D., Erler, Marktstraße 23. [574]

Jungler, fleißiger Schriftsetzer

sucht Stellung. Etag. wohnen.
Offerten unter W. S. 527 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

W

Liniotypsetzmaschine

ausbilden? [575]
Werle Offerten an:
Willi Dabritz, Leipzig, Köpzig, Colledorstraße 24.

Jungler, fleißiger Schweizerdegen

(18 1/2 Jahre alt), gleich tüchtig im Satz und Truch, sucht bis Mitte September Stellung. Kann auch den Flachstereotypenverfertigen.
Vell. Angebote unter K. K. 573 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schweizerdegen

für in Satz und Druck (Zegel- und Schmelzdruck) an selbständiges Arbeiten gewöhnt, wünscht sich in Samburg, möglichst in Etelma, wo vorwiegend Trudner, zu veranlassen.
Vell. Zuschriften unter „Sto 545, Sambura“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

für die Gehilfenprüfung

empf. geeignete Kandidaten für Graph. Berl. St. Siegel, Mühlendamm, Katalog 80 Pr.

Jungler Stereotypenur

in Rund- und Flachstereotypie sowie im Korrigieren und Kompositionen erfahren, sucht in Berlin oder Umgebung passende Stellung. Bisher noch in Sandillon. [576]
Angebote mit Wohnangabe erbeten an: Ernst Ollersdorf, Berlin N, Dynarstraße 1.

Aufräumer

gelernter Seher, 32 Jahre alt, sucht sich zu verändern. [579]
Vell. Offerten unter Nr. 579 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Reparaturen, Montagen

werden auf und billig ausgeführt von [572] Rudolf Morfisen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Aushilfen durch die Kunstgewerbeschule Barmen.

Die zerlegbare Aste „Unikum“

ist die beste Aste für Seher und Drucker, praktisch und unverwundlich im Gebrauche, das Vorzeichen der Spitze ist ganz ausge- schlossen, das Stück 7,50 Mk., ab Haus- zwisch. Wiederverkäufer gesucht.
Förster & Borries, [565] Zwischau I. Sa.

Maschinenband

Griedensqualität, leitem [114]
Beuger & Maß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Bedarf Aufwärtsstrebende

bedarf häußigen, Berufsbildung. Den einzig richtigen Weg dazu bietet Fritz Reinhardt, Gimenau, Prosp. C2 II, jede geom. Kunst, uml.

Schreie und Kästen

sowie Formregale, Gieeregale, Malch- lische, Wagen- und Garderobekränze, Sch- bredler usw. leitem in bester Ausführung ab Lager. [115]
Beuger & Maß, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Zusätze, Federn Gute Werkzeuge

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker O. m. b. S., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.).
Polstecktechnik 53430.

Verbandsmonument

ist nach ein kleiner Posten zum Preis von 15 Mk. für zwei Stück (Zielbrun- nen) abzugeben. Preis extra 103 zu 10 Stück [15 W].
Gegen Voreinrichtung des Betrages auf unter Postleitzahl, Leipzig Nr. 613 23, zu beziehen von: Geschäftsstelle des „Storr.“.

Brandenburgischer Maschinenfabrikverein

Sonntag, den 4. September, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dohnstraße 2; [555]
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vorträge des Kollegen Otto S. S. h. n. über: „Sozialhygiene“; 3. Neu- aufnahmen; 4. Berichtlesen.
Ausgabe der „Entscheidungen“ für das Große Schachspielhaus.
Vollständigen, pünktlichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Monatsversammlung

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volkswirtschaft

Gewerkchaftll. - Genossenschaftliche Verleicherungs-Aktionsgesellschaft Hamburg 5.

Gegen monatliche Zeilzahlung

liefern ich an Kollegen alle größeren „Mittelsch.“-Kassen für alle Gewerkschaften, Kassenvereine, Mitglieds- anfragen mit Rückporto an St. Siegel, München 9.

Meinen werken Kollegen

belie hermit besonders preiswert an Zigareten, Zigareten, Zafafie in nur besten u. preiswerten Qualitäten. Besondere Spezialmarken in Zigareten: Schacht, Zosha, Wajil, Aeschule, Orplid, Salem, Eto-Glo, Hünjom, Pico, Sport, Casino, Nr. 20 u. 25 (günstig, goldgelb), Zigareten prima Qual. in jeder Fasson, in den Preislagen von 50 Mk. bis 2 Mk. für Wiederverkäufer guter Verdienst.
Verband nur gegen Nachnahme.
Probieren. Jederzeit gern zu Diensten.
Tabakwarenzentrale „Mellen“, Melten a. d. E., Bahmannstraße 14.

Einzahlungen an den „Storr“

pendent für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postleitzahl Leipzig Nr. 613 28

Fritz Mengel

aus Offen a. d. Ruhr, im Alter von 23 Jahren. [554]
Mir werden sein Andenken in Ehren halten.
Das Personal d. Buchdruckerei Emil Hermann sen., Leipzig.

Karl Grimm

aus Buchau, 30 Jahre alt.
Er war Mitbegründer des Ortsvereins Aderlingen und mehrere Jahre als Kaffier tätig.
Ein ehrenvolles Andenken bewahren ihm
Bezirksverein Krossen, Ortsverein Aderlingen.

Am 3. August 1917 verstarb

im Weltkrieg der Seher [561]

Bei Arbeitsmarkt sowie kleine

neren Anzeigen wollen Interessenten Portoerparnis wegen den Betrag gleich mit beigeben; bei Beträgen unter eines Mark Dreiermark kein Stadtmeld.
Geschäftsstelle des „Storr.“.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einsparungen 20 Pfennig des Exemplars, bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 100 — Leipzig, den 30. August 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh der jeweils nächsten Nummer.

Der Weg zum Industrieverband

Durch den Artikel des Kollegen Bremer in Nr. 92 des "Korr." wird die Frage des Industrieverbandes wieder einmal zur Sprache gestellt. Der Hinweis, daß es sich bei dieser Frage nicht um eine Erscheinung der Nachkriegszeit handelt, sondern daß sie schon lange vor der Umwälzung auf der Tagesordnung stand, ist für die Behandlung des Problems nur von Nutzen, ebenso wie die Feststellung, daß als Industrieverband eine Organisationsform bezeichnet wird, die vom letzten Handarbeiter bis zum obersten technischen Angestellten alle Angehörige einer Industrieumfassung umfaßt. Doch kann wohl gesagt werden, daß weniger über den Begriff "Industrieverband" Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten herrschen, als über den Weg und das Tempo zu diesem Ziele, sowie über den inneren Aufbau desselben.

Schon die Darlegungen des Kollegen Bremer zeigen die grundsätzliche Verschiedenheit der Auffassung in dieser Frage. Nach seiner Darstellung sollen erst neue Organisationsformen geschaffen werden, in die die schon bestehenden aufgenommen würden. Nach meiner Ansicht ist es aber zweckmäßiger, die heutigen Organisationen so um- und auszubauen, daß sie das Fundament für den angestrebten Industrieverband abgeben können. Hier muß die Arbeit in Angriff genommen werden und es ist zu überlegen, welches die ersten Erfordernisse dazu sind. Es muß angestrebt werden, innerhalb der vier graphischen Verbände die Vorbereitungen zu engerem organisatorischen Zusammenhänge zu schaffen. Aber die Schwierigkeiten dieses Problems zeigen sich doch gerade dann, wenn versucht wird, aus den heutigen Verhältnissen heraus dem angestrebten Ziele näherzukommen. Um nur einige der Klippen auf dem Wege zum Industrieverband zu zeigen, will ich darauf hinweisen, wie schwerere Kämpfe es bedarf, um die Hilfsarbeiter im Buchdruckeramt zu erfassen. Dagegen ist es bisher nicht gelungen, einen Mantelartikel zu schaffen, um eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im graphischen Gewerbe herbeizuführen.

Eine andre Seite der Frage ist die des Ausgebens der Angestellten in den Industrieverband. Auch in den Reihen der Angestellten wird sich der Gedanke des Zusammenschlusses in einer gemeinsamen, alle Kopf- und Handarbeiter einer Industrieumfassung umfassenden Organisation erst durchringen müssen, zumal gerade die Angestelltenverbände in viel schwächerer Weise als die Gewerkschaften der Arbeiter nicht nur gegen die Unternehmer zu kämpfen haben, sondern auch gegen die unorganisierten Berufskollegen und solche, die in gegnerischen Organisationen zusammengeschlossen sind. Es wird einleuchten, daß in den Reihen der Kopfarbeiter der Gedanke des Industrieverbandes noch starke Hemmnisse zu überwinden hat, da auch die „Mantel“ heute noch grundsätzlich auf dem Boden der Berufsorganisation steht.

Was ist nun innerhalb des graphischen Gewerbes geschehen, um den Erfordernissen der veränderten Verhältnisse Rechnung zu tragen und die Entwicklung unserer Organisation in der Richtung zum Industrieverband vorwärtstreiben?

Der wichtigste Schritt auf diesem Wege war die Gründung des „Graphischen Bundes“, viel angefeindet und bekämpft von denjenigen, die alles verwerten und als falsch bezeichnen, was sich nicht im Sinn ihrer Anschauungen gestaltet. In seinen Satzungen lag der „Graphische Bund“, daß sich die vier Verbände unseres Gewerbes zum Zusammenschließen zur gemeinsamen Förderung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auszuführen.

Welche Voraussetzungen zu diesem Ziele führen sollen, wird im Anschluß an das Vorstehende gesagt. Es wird gefordert der möglichst gleichartige innere Aufbau der beteiligten Organisationen, der möglichst reiflose Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren zuständigen Berufsorganisationen, die Durchsetzung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wir leben, ein klares, festumrissenes Programm liegt hier vor und eine einfache Überlegung sagt uns, daß wir noch viele Anstrengungen machen müssen, um dieses Programm zur Tatsache werden zu lassen.

Die Gründung des Graphischen Bundes führte in vielen Orten zur Bildung von graphischen Kartellen entsprechend den Bundesatzungen, und nach verhältnismäßig kurzer Zeit konnte zur Anstellung eines Bundessekretärs geschrieben werden, dessen Hauptaufgabe es ist, die Geben fester zu knüpfen, die durch die Gründung des Bundes gewonnen wurden. Ein wichtiges Werkzeug in der Hand des Bundes ist die Betriebsratzeitung „Der Graphische Bund“ geworden, und in der ersten Nummer desselben wird als Ziel bezeichnet die sozialistische Gemeinwirtschaft, die sozialistische Gesellschaftsform.

Wir leben also, hier ist ein mögliches Stück gewerkschaftlicher Arbeit bereits geleistet worden, um aus dem Zerrütteten herauszukommen, und vieles wird noch zu

leisten sein, um das gesuchte Ziel zu erreichen. Schwere Kämpfe und manche bittere Enttäuschung stehen uns noch bevor, aber dennoch wird die Erdringenden jahresweiliger gewerkschaftlicher Tätigkeit und Organisationsarbeit, dann wird am Ende unseres Weges unser Werk stehen:
Der graphische Industrieverband.

Berlin-Steglitz. Geop. Pösch.

Das Buchgewerbe im Auslande

Esch-Bohringen. Der Konflikt in der Obergerichtlichen Verlagsanstalt in Kolmar, Mühlhausen, Gebweiler, Zabern und St. Ludwig, über dessen Urfachen wir in Nr. 95 Mitteilung machten, ist in ein neues Stadium getreten. Wegen ihrer fortgesetzten Tarifverletzungen wurde die Firma beim französischen Tarifamt verklagt. In seinem Urteile hat dieses den Standpunkt der ausländischen Kollegen bestätigt und der Beklagten eine Frist zur Anerkennung des Entschiedes oder zu dessen Ablehnung gesetzt. Die reaktionäre Geschäftsleitung, die sich ein christliches Mäntelchen umhängt, erkannte den Spruch des Tarifamtes nicht an, und die Firma gilt nunmehr in aller Form als tariflos. Die Empfindung ist nicht von der Hand zu weisen, daß die eigentlichen Macher in der Geschäftsleitung von außenstehenden tariflosen Elementen kräftig dazu aufgehetzt wurden, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Ihre Kollegen in den Grenzgebieten müssen durch Verweigerung von Streikarbeit unbedingt das Ihrige dazu tun, daß der Konflikt zugunsten der Gehiltschaft entschieden wird.

Osterreich. Die enorme Teuerung in Osterreich, vor allem in der Bundeshauptstadt Wien, kennt keine Grenzen. In solchem Wirde geht es immer mehr bergab, und auch die Regierung steht diesem Treiben ratlos gegenüber; sie ist unfähig, dieser zum Großteil auch künstlich hervorgerufenen Tatsache Einhalt zu leisten. Anstatt dort kräftig zuzupacken, wo tatsächlich manches und sogar vieles zu holen wäre, bel den durch den Krieg laßelhaft reich gewordenen bürschen Konfianten und Privatpersonen, kehnt die Regierung ein und alleinst nur das alte k. u. k. Sanierungsschema F (Erhöhung aller indirekten Steuern). Dadurch wird die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes wieder ungemein erschwert und ruft naturgemäß erhöhte Lohnforderungen hervor. Auch die Buchdrucker und verwandten Berufe haben sich deshalb veranlaßt, um so mehr als die Indexziffer seit 15. Juli sich um bedeutend mehr als 100 Punkte erhöht und ihnen das tarifliche Recht nicht, in diesem Fall an die Prinzipalität mit Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage heranzutreten, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Die Verhandlungen sind bereits eingeleitet und werden gegen Ende des Monats August stattfinden. Den im Kartell vereinigten Organisationsvertretern wird es diesmal nicht schwer fallen, die Prinzipalität von den desolaten wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Arbeitererschaft zu überzeugen, an den graphischen Unternehmen wird es aber liegen, inwieweit sie in Betracht der zur Zeit herrschenden guten Konjunktur entgegenkommen wollen, um die Ruhe und den Frieden im graphischen Gewerbe aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterschaft ist erhaltendherweise sehr erregt, und die eventuell eintretenden Folgen sind unabsehbar.

Auch in Osterreich hat sich eine Fülle der Sinnlichen Meinungsabklärung etabliert. Die dem Sinnlichen Konzern angehörende Berliner „Treuhandgesellschaft“ erwarb durch ihren Wiener Vertreter, General Alfred Krauß, den überwiegenden Teil der Aktien der Drucker und des Verlags der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ (A. Wiener Verlagsbuchdruckerei, Ges. m. b. H.) und ernannte zum Generaldirektor für Setzung und Drucker den alldeutschen Schriftsteller Reimiche. Das Motto der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ lautet: „Alldeutschland die Hoffnung! — Großdeutschland das Ziel!“ Die Verbreitung der alldeutschen Bankrotspolitik auch nach Osterreich wird der Sinnlichen „Treuhandgesellschaft“ mancherlei Sorgen und viel Geld kosten; der Verlaß auf die valutarstärkeren reichsdeutschen „Kameraden“ ist nämlich sehr, sehr groß.

Holland. Am 9. August waren 20 Jahre verfloßen, seitdem Kollege Jan van Strafen die Stelle des Verbandschafflers des van Stigenen Niederländischen Topographenbundes bekleidet. Er war und ist bis zum heutigen Tage ein Kollege, der wenig, ja fast gar nicht in den Vordergrund tritt, dafür aber in zäher und unermüdlicher Arbeit alle seine Kräfte den Verwaltungsgeschäften widmet. Erst im Jahre 1918, als die buchhalterischen Arbeiten einen größeren Umfang annahmen und der Vorstand nicht mehr verlangen konnte, daß dieser Kollege in der freien Zeit, nach Absolvierung seiner beruflichen Pflichten, auch noch diese Lasten übernehmen sollte, wurde er als dritter Angestellter des Verbandes berufen.

Der Jahresbericht des holländischen Buchdruckerverbandes über 1920 liefert wieder den Beweß dafür, daß es mit der Organisation der holländischen

Buchdrucker rüßig vorwärts geht. Der Berichtsteller W. C. van Haalen, Sekretär des Verbandes, gibt im Bericht eine Schilderung aller Geschehnisse im Verbands, von denen wir schon früher berichteten. Er weist auch auf die lebige Krise im holländischen Buchdruckgewerbe hin, auf die grobe Arbeitslosigkeit, woran auch die ausländische Konkurrenz schuld sei. Als eine solche Rettung des Verbandes gilt das im Juni 1920 in Kraft getretene neue Beihilgsüberkommen, das besser als früher die Interessen der jungen Berufsgehilfen wahr. Es kommt nur darauf an, daß die Gehilfen ihre Mitarbeit bezüglich der Annehaltung der Beihilgsbestimmungen nicht verlegen. Dagegen ist der Berichtsteller allerdings wenig erbaunt. Im Kartonnagenbetrieb ist es im Berichtsjahre dem Verbandsrat gelungen, etwas Ordnung zu schaffen durch die Vereinbarung eines Reichstarifs. Leider bereitete ein Zustandekommen einer Schriftlehrevereinbarung dem Verbandsrat unüberwindliche Schwierigkeiten. Anfang Juli 1920 wurde die 45-Stunden-Arbeitswoche eingeführt im holländischen Buchdruckgewerbe, eine für die ganze holländische Arbeiterbewegung bedeutungsvolle Errungenschaft. Der finanzielle und tarifliche Berichtsteller, Kollege J. van Strafen, begann seinen Bericht mit einigen Ziffern aus der Zeit, wo er die Geldgeschäfte des Verbandes übernahm. Das war 1901; also vor 20 Jahren. Damals zählte der Verband im ganzen 1211 Mitglieder mit einem Vermögen von 4795,74 Gulden oder pro Mitglied 3,96 Gulden. Gest sind im Berichtes letztejahr 10307 Mitglieder (einschließlich Lehrlingen), und das Verbandsvermögen betrug 403500,30 oder pro Mitglied 42,89 Gulden. Mit rund 150000 Gulden ist der Vermögensbestand gegen 1919 gestiegen, die Mitgliederszahl mit 669 (einschließlich Lehrlingen). Das die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist, zeigen folgende Ziffern: 1918 wurde für 7004 Arbeitslosensätze Unterhaltung gewährt, 1919 für 14777 Tage und 1920 für 16287 Tage oder 45268,08 Gulden. Diese Ausgaben für Arbeitslosigkeit dürften durch die für 1921 noch weit übertraffen werden. Im Berichtsjahre betrug die Zahl der verlorenen Arbeitstage wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Militärdienst insgesamt 135868, gegen 210835 in 1919 und 456390 in 1918. Die Gesamteinnahmen stellten sich Ende 1920 auf 381392,98, die Ausgaben auf 228754,33 Gulden. Der finanzielle Bericht entnehme wir noch folgende Ziffern: Es wurden Ende Dezember 1920 im Verbandsrat gewählt 5017 Handwerker, 540 Maschinenarbeiter, 2801 Drucker und 3218 Buchbinder, Ende Dezember 1919 umfaßten diese Branchen 5199, 387, 2551 und 3014 Gehilfen. Die Ziffern über die Mitgliederbewegung im Verbandsrat lassen nicht auf besondere Berufstreuhaftigkeit schließen. Es wurden 1920 1731 Mitglieder aus den Reihen gestrichen, von denen 816 den Beruf verließen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder erfuhr 1920 einen Zuwachs von 192; sie betrug jetzt 1031 Mitglieder. Zu verzeichnen waren weiter vier hielms Ausländer mit 737 Streittagen, wofür 2894,72 Gulden verausgabt wurden. Ein Bild der großen Opferwilligkeit der holländischen Buchdruckergehilfen geben folgende Ziffern: Für hülfsbedürftige Mitglieder wurden zusammen 30000 Gulden aufgebracht; für die notleidenden Wiener Kinder wurden in der Zeit von Dezember 1919 bis März 1920 rund 40000 Gulden gespendet, in welchem Betrage hauptsächlich der Lohn enthalten ist von gemachten Überstunden. Im das Weiterarbeiten des Internationalen Buchdruckersekretariats zu ermöglichen, wurde an dieses ein Vorlaß geleistet von 3145,59 Gulden, während Serbien mit 1000 und der Estreich in Vgram mit 500 Gulden unterstützt wurde.

Großbritannien. Aber dem englischen Buchdruckgewerbe liegt eine Geschäftsflaute londergerecht. Zur großen Enttäuschung der Gehiltschaft trat mit der Beendigung des großen Kampfes im Vergang, der das gesamte Geschäftsleben lähmte, nur eine geringe Besserung in der Nachfrage nach Drucksachen ein. Dabei steht die Forderung der Prinzipalität nach Lohnabbau wie eine schwere Wolke am gewerblichen Horizont und beunruhigt Großstadt und Provinz. Um die Wahrheit zu sagen muß erklärt werden, daß die Situation für die Gehiltschaft gegenwärtig gar nicht günstig ist. Zuerst laufete die Forderung der Prinzipale auf eine Lohnherabsetzung von 15 Schilling pro Woche für männliche Arbeiter und um die Hälfte für Arbeiterinnen. Als dieses Ansuchen von der Gehiltschaft als gänzlich unannehmbar abgewiesen wurde, ermäßigten die Prinzipale ihre Forderungen auf 10 bzw. 5 Schilling wöchentlich. Um einen das ganze Gewerbe gefährdenden Streik zu vermeiden, schienen einige Verbände bereit, darauf einzugehen. Die Londoner Sebergesellschaft jedoch, wie auch die provinciale Typographical Association widerlehnten sich dem Ansuchen auf eine Lohnherabsetzung unter den heutigen Umständen ganz entschieden. Damit entstand ein schwieriges gewerbliches Problem. Um es zu lösen, wurde dem Appellationsgericht für das Buchgewerbe, dem sogenannten Joint Industrial Council, die Entscheidung überlassen. Nach langen, in London geführten Beratungen empfahl das Gericht den verschiedenen Verbänden, in eine wöchentliche Lohnherabsetzung von 7 Schilling 6 Pence für Männer und von 3 Schilling 6 Pence für Arbeiterinnen zu willigen. Die Verbandsleitungen erklärten, über die Annahme dieses Vorschlags die Mitglieder in einer sofort v... den

Irabschließung entscheiden zu lassen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vorstoß des Appellationsgerichts mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird. Damit wird natürlich der offene Konflikt gegeben sein, denn die Vereinigung der Buchdruckereibesitzer scheint entschlossen zu sein, irgendeinen Lohnabbau ohne Ausschub durchzusetzen. Ob indessen die Vereinigung der großstädtlichen Zeltungsverleger den übrigen Prinzipalen Gesellschaft in einem großen Kampfe leisten werden, bleibt sehr zweifelhaft. Jedenfalls sind nimmermehr die langen Verhandlungen zu Ende und die Gehilfenerschaft erwartet — allerdings nur mit einem Lichtstrahl von Hoffnung — die kommenden Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit im englischen Buchdruckgewerbe.

Spanien. Der spanische Typographenbund hält am 10. September und die folgenden Tage seine fünfzehnte Generalversammlung in Madrid ab. Wie unter holländisches Bruderorgan „Grafisch Weckblad“ mittels überfiedelte eine Zeitschrift von Madrid nach Segovia, weil, wie der Herausgeber seinen Lesern mitteilte, die Buchdrucker in Madrid eine „prinzipale Apologie“ beziehen. Dabei gehören die Löhne der spanischen Buchdrucker fast Menschengedanken zu den niedrigsten von ganz Europa. Dazu hat der Verbandsvorstand energig Stellung genommen und bewiesen, was eigentlich keines Beweises bedürfte, daß die Löhne in Madrid sich noch lange nicht auf derselben Höhe befinden, um den Berufsgeoffenen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Zu gleicher Zeit wurde auch der Gehalt Segovia anempfohlen, die Kollegen der Drucker, wo das überfiedelte Blatt hergestellt werden sollte, zu veranlassen, dieselbe Entlohnung wie in Madrid zu fordern, bei Ablehnung der Forderung jedoch in den Auslands zu treten. Als der Prinzipal sah, daß die Kollegen Ernst machten und hinter ihnen auch der ganze Verband stand, bewilligte er die gestellten Forderungen. Ein eigenartiges Vorkommnis ergabte ein Streik in Leon. Dorselbst forderten die Buchdrucker eine Lohnerböhung von 50 Proz., die aber nicht bewilligt wurde. Nachdem der Auslands schon lange wärdte und die davon Betroffenen bereits in arge Mitleidenchaft zog, entschlossen sich die Ausständigen huerhand, mit der Gemeinde ein Abereinkommen zu treffen, wonach sie sich zwecks Verbesserung ihrer Finanzen verpflichten, im Stadtpark 900 Bäume und Sträucher anzupflanzen. Sie verkaufen also den Winthelbaken und das Alkohols mit dem Epaten. Abregens keine außergewöhnliche Sache, wo heute bei den schwierigen Verhältnissen so viele Buchdrucker vom Beruf abgehen, um bei lohnenderer Arbeit ihr Brod zu verdienen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Darmstadt. Am 22. August fand wiederum eine überaus zahlreiche Besuche der Bezirksversammlung statt. Unter „Mittellungen“ gab Bezirksvorsitzender Wahler bekannt, daß die Groß-Geuerer Kollegen der Druckeri Finik die Zulassungsgulage erhalten, während von der andern dortigen Druckeri das Ergebnis noch nicht eingelaufen ist. Der Bezirksbeitrag wurde von der Versammlung um 1 Mk. erhöht. Der in unsrer Mitte wellende Kollege Gumbel (Frankfurt a. M.) erstattete der Versammlung ein kurzes Referat. Die Versammlung verfolgte seine Ausführungen mit der größten Ruhe. In Hand von Material konnte er nachweisen, daß in andern Branchen ungelernete Arbeiter sind, die elnen bedeutend höheren Lohn erhalten als wir Buchdrucker. Die Frage ist aufzuerkennen: Können wir uns mit dem kläglichen Lohne zufriedengeben bei der fortwährenden Steigerung der Lebensbedürfnisse? Nein und abermals nein erlangen die Ruhe aus der Versammlung heraus. Es leit endlich an der Zeit, den Gehilfen ein besseres Lohnminimum zu gewähren. Die Gehilfenchaft des Bezirks verlangt von der im September tagenden Tarifauschubstung, daß ein auskömmlicher Lohn geschaffen wird. Die Resolution der Frankfurter Kollegenchaft, daß der Grundlohn (einschließlich Lokalzuschlag) mit 100 Proz. als Zeuerungszulage zu erhöhen ist, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit zeigt, wie die Prinzipale doch eine kleine Beihilfe gewähren können. In einer mittleren Druckeri erhielt das Personal auf Vorkstelligwerden eine Lohnaufbesserung. Diese Gelegenheit benutzte der Betriebsrat der größten Firma am Plage, um für die Kollegen auch etwas herauszubohlen. Hier erfolgte jedoch das Gegenteil. Die Herren setzten sofort das Telephon in Bewegung und dem einseitigen Prinzipal wurde von seinem Kollegen bedeutet, laut ihrer Vertragsverpflichtung die Zulagen einzustellen, resp. wieder abzuziehen. Hier zeigte es sich, daß die Herren, die am besten lünderl sind, die größten Scharfmacher sind und für ihr Personal, das schon Jahr und Tag zum Minimum pünkt, nichts übrig haben. Unter „Verbleihendem“ bedauerte der Vorsitzende, daß bei der Feltzerklamung des Subtilidams der Malchinmeister viele Kollegen mit Abwesenheit glänzten. Der erhöhte Bezirksbeitrag tritt in der ersten Septemberwoche in Kraft.

Dresden. Am 17. August fand im „Volksbaus“ eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Thema: „Zur Situation“ befaßte. Kollege Freitag rekapitulierte die Geschehnisse der letzten Zeit, gab Bericht vom dem Resultat der letzten Gauvorstandskonferenz und beprach die „Verbesserung“ des Leipziger Einigungs-vorschlags und das endgültige Ergebnis der am 25. Juli in Berlin gepflogenen Verhandlungen. Wenn der nun gültige Einigungs-vorschlag in materieller Beziehung immer noch viel zu wünschen übriglässe, so sei doch der moralische Erfolg um so bedeutsamer. Die gegen uns gerichtete

Energie der Prinzipalität habe dabei erheblich eingebüßt. Was die kommenden Verhandlungen des Tarifauschusses betrefle, so müße heute schon gesagt werden, daß eine namhafte Erhöhung der Gehilfenlöhne Platz greifen müße. Inlern Vertreter müße der Ärdien gestelit werden, daß die Gehilfenchaft diesmal nicht mit Brosamen abspessen lasse. Andernfalls hätte sie für uns die Tarif-gemeinschaft erledigt. Redner besprach ferner einen Artikel in Nr. 190 der Unabhängigen „Volkszeitung“, unterzeichnet vom „Aktionsauschuss der oppositionellen Buchdrucker Dresdens“. Dieser gebe ein Eingeländt aus Wiesbaden wieder, knüpfte daran eine Anzahl hyper-radihafter Phrasen (u. a.: „... daß sich das revolutionäre Proletariat von den selbstverständlichen Forderungen nicht durch seinen Verbandsvorstand abhalten läßt.“) und zeitig im übrigen, wie es nicht gemacht werden dürle, um Erfolge zu erringen. Der richtige Weg führe nur über die Organisation. Es sei ein leichtes, auch in Dresden eine lokale Bewegung zu inszenieren, aber wo bleibe dann die Provinz? Falls die Propheten seien es, die empfehlen wollten, über die Köpfe der Organisationsleitung hinweg Streiks anzuzetteln. Redner appellierte an den gefunden Sinn der Kollegenchaft, sich nicht Wege vorzudreiben zu lassen, die bestimml auf die schlechte Ebene föhren. In einer ausgiebigen Debatte, in der über 20 Redner zum Teil wiederholt zu Worte kamen, behauptete man u. a. die Altersstufen im Tarif und die Saurarbeit, konstatierte ein vollständiges wirtschaftliches Verumpfen von Woche zu Woche und ein Verlagen des Gewerkschaftsbundes, verwies auf die Calmerische Statistik über die Durchschnittslöhne, verlangte, daß dem Weltmarktpreise der Weltmarktslohn angeglichen wird, und betonte, daß die Verbandsinstanzen einen großen Teil Schuld an der Verelendung der Kollegen trügen. Kollege Freitag und andre Redner stellten verschiedene irrgen Ansichten richtig. Die Verantwortung der Instanzen sei eine ungeheure, und man solle deshalb nicht ohne weiteres den Stab über sie brechen. Solange man Vertragspflichten übernehme, müsse man sie halten. In der letzten Gauvorstandssitzung habe man sich eingehend mit der gegenwärtigen Situation befaßt, und er werde zu gegebener Zeit den Verbandsvorstand und den Streiksvertreter über die hiesige Stimmung nicht im unklaren lassen. Ein Antrag, den Verbandsbeitrag auf 20 Mk. zu erhöhen, wurde, da er nicht auf der Tagesordnung stand und deshalb nicht zur Förderung kommen konnte, zurückgezogen. Ein weiterer Antrag wurde einstimmig angenommen und soll dem Verbandsvorstand übermittelt werden. Er lautet: „Bei den kommenden Verhandlungen haben unsre Vertreter dahin zu wirken, daß der Lohn dem vom Reichstatistikalischen Amte festgelegten Existenzminimum gleichkomml. Dieser Lohn reguliert sich automallisch nach der Reichsindexzahl.“ Schließlich fanden noch einige Verbandsangelegenheiten Erlebigung.

Niebuß (Sollt.). Auch im hiesigen Orte hat die Zeuerung rasch zugenommen. Diese fällt hier mehr ins Gewicht als in andern Orten, da die nahe dänische Grenze und die Kaufkraft der Krone den meisten hiesigen Kaufleuten größere Ausgaben gestatten. Die Arbeiter haben infolgedessen neue Lohnforderungen gestellt. Den Bauarbeitern (gelernten wie ungelerten) ist eine Erhöhung des Stundenlohns um 1 Mk. bewilligt, so daß diese einen Stundenlohn von 8 resp. 7,50 Mk. haben. Auch andre Handwerkler haben Lohnforderungen gestellt und bewilligt erhalten. Den Buchdruckern dagegen wurden ihre Forderungen auf 50 Mk. pro Woche glatt abgelehnt. Der Prinzipal erbat sich zunächst einige Tage Bedenkzeit, um sich mit seinen Kollegen ins Flenzburg auseinanderzusetzen, da er durch Unterschrift verpflichtet leit, nicht über den tariflichen Lohn hinauszugehen. Nach seiner Rückkehr aus Flenzburg wurde uns mitgeteilt, daß unsre Forderung glatt abgelehnt werde, da diese nicht berechtigt sei und er (der Prinzipal) nicht das Recht habe, zu bewilligen. Daraufhin wurde beschlossen, die Arbeit einzustellen.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Sublidam der Maschinenfabrik Johannsberg. Am 1. September d. J. werden es 75 Jahre, daß eine der größten Druckmaschinenfabriken, die Maschinenfabrik Johannsberg, G. m. b. H., in Seifenheim a. Rh., ihr fünfundsiebzigjähriges Bestehen feiert. Die Firma ist im besondern den Druckerkollegen als Erbauerin solider Maschinenmaterials bekannt. Unter großen Schwierigkeiten richteten sich 1846 Malchinenschlosser Joh. Klein und sein Wanderfreund Joh. Forst in der väterlichen Schmiede des ersten zu Johannsberg eine Malchinenschlosserei ein. Es gelang ihnen, im Jahre 1844 die erste Sandpresse fertigzustellen. Der Erlös wurde zum Bau einer Schnellpresse verwandt, die 1848 fertig wurde und sofort einen Käufer fand. Mit den primitivsten Mitteln mußten die Arbeiten verrichtet werden, da man sich Arbeitsmaschinen nicht leisten konnte. Es wurde geschafft trotz aller ängstlichen Warner. 1850 wurde der Betrieb erweitert durch Eintritt Joh. Bohms. 1854 erstand die erste Doppelmolde und 1859 wandte die Firma als erste den Bogenschneider und Luzeiger an. 1861 traf die Fabrik ein harter Schlag, indem sie bis auf den Grund niederbrannte. Aus der Asche, einem Pönnix gleich, stieg ein erweiterter modern eingerichteter Neubau empor. Tüchtige Sachleute, Ingenieur Joseph Kraner und Obermonteur Ries wurden dazu gewonnen, und das Unternehmen legte seinen Aufstieg weiter fort. An Neubauten brachte die Firma noch besonders auf den Markt: die viel bespöttelte, später aber vorbildlich gewordene Mähdreismaschine „Nilpui“, den Bogenschlebeapparat (1855,

mit der zweifachfendten Maschine zugleich) und den schwingenden Druckzylinder an der Doppelmolde. Schon im Jahre 1891 zogen sich die Gründer und auch Joseph Kraner zurück, der als Schwiegerjohn an die Stelle Bohms getreten war, und übergaben es ihren Söhnen, die den Betrieb noch heute föhren. 1904 wurde die 6000. Maschine fertiggestellt. Jahren schnellerer Aufstiegs mit Prämiierungen auf verschiedenen Ausstellungen folgte die Firtle durch den Krieg.

Buchdruckschau in Lübeck. Zu der Noß unter vorstehender Signatur in Nr. 91 tragen wir im Interesse der Kollegenchaft von Lübeck und Umgegend noch nach, daß gelegentlich der Nordischen Woche in Lübeck vom 1. bis 11. September neben der äußert wertvollen und interessanten Historischen Ausstellung von Urkunden, Siegeln, Inkunabeln und alten Druckwerken aus dem Lübedischen Staatsarchiv und der Lübedischen Stadtbibliothek (im hohen Chor der Katharinenkirche), auch eine Ausstellung nordischer Kunst (zweites Stock des Schabell-Saales) sowie eine Jahrhundertausstellung Lübedischer Kunst vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Königstraße) stattfindet. Zum gemeinsamen Besuche der Historischen Ausstellung ist nach entsprechender Bemühung das Eintrittsgeld für Gehilfen auf 1 Mk. ermäßigt und für Lehrlinge ganz erlassen worden. Allerdings ist der gemeinlame Besuch an einen bestimmten Tag, den 4. September, gebunden, und zwar für Gehilfen morgens etwa 8 1/2 Uhr und für Lehrlinge mittags. An die Kollegenchaft der umliegenden Ortschaften wird bezüglich Treffpunkt und genauer Zeit gern noch näheres mitgeteilt durch Kollegen D. Burmeister, Lübeck, Fuchlingstraße 26.

Drucklegung der Geschichte des Weltkriegs. Von der artenmäßigen Darstellung des Weltkriegs, deren Herausgabe, eine Behandlung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Geschichte des Krieges 1914/18 sowie der kulturellen und sozialen Entwicklung während dieser Zeit in Deutschland, auf zehn Bände berechnet ist, soll der erste Band schon im Herbst erscheinen. Das Reichsarchiv bereitet außerdem die Herausgabe einer Zwei-monatsschrift sowie einer wissenschaftlichen Schriftenreihe vor. Die Zeitschrift „Zeitgeschichtliches Archiv“ bezieht, wird vom 1. Januar ab bei Müller & Sohn, Berlin, erscheinen.

Private Notgeldherausgeber. Die Kleingeldnot hatte viele Geschäftsleute veranlaßt, für den Verkehr mit ihren Kunden mit dem Geschäflstempel verlebene Kleingeldwerte zu schaffen. Dagegen ließ sich nichts einwenden. In neuerer Zeit sind aber gewiege Geldmacher dazu übergegangen, regelrechte Notgeldscheine bis zu 1 Mk. Wert mit ihrer Firma herauszugeben. Man macht sich das groÙe Interesse der Sammlerleure für die Notgeldscheine zunutze und versucht ausschließlich zu diesem Zweck die Scheine in Verkehr zu bringen, um richtiggehendes Geld daraus zu machen. Das ist natürlich gelehrt. Denn unfreies Wissen ist die unbelugte Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber nach dem Geseke strafbar. Oberdrehn sind die Scheine nicht einmal nummeriert, so daß jede Kontrolle über den Umfang der Herausgabe fehlt. Unter andern gaben die Firma Wolf & Ruibe in Magdeburg 1-Mk.-Scheine und die Firma Widmann, Universalpapierfabrikzentrale in Hamburg, 50- und 75-Pf.-Scheine heraus. Auch die Ortsgruppe Glauchau der „Lga zum Schutze der deutschen Kultur“ kündel großprüglic die Herausgabe eignen Notgeldes an. Wer hat das gestaltet? Nächtlens wird wohl jeder Gesellschaftsklub oder pleitegegangene Weltkonzern „Direktor“ eignes Notgeld fabrizieren.

Das „kommunistische“ Rußland. Die Sowjetregierung kdreitell auf dem Wege des kapitalistischen Systems weiter fort. Der Privatandel ist in Petersburg und Moskau in vollem Gange. Nach Dekret vom 6. Juli ist der Besiß unbefränkter Geldmittel und bis zu gewissen Grade auch die Freiheit des Bankgeschäfts zugelassen. Im geheimen blüht auch die Valutapeliulation. In Petersburg und Moskau auf den sogenannten „grünen Börsen“ blühen die übelsten Formen des Kapitalismus. Dabei kommt zum Ausbruch, daß der Sowjetrubel den andern inländischen und ausländischen Geldformen sowie auch wertloien Effekten gegenüber sehr geringen Wert beßit. Durch Dekrete vom 10. und 12. Juli ist auch die freie industrielle Tätigkeil in größerem Umfange wieder freigegeben, und die Freigabe des Privathausbesitges ist in Vorbereitung. Ein Dekret vom 5. August hat auch die Zahlung für alle Dienstleistungen und Warenlieferungen der Sowjetregierung eingeführt, so daß also allgemein die hohen Preise gezahlt werden müssen, über die wir in Nr. 95 unter „Rundschau“ berichteten. Nach einer Moskauer Meldung ist auch jetzt die freie Verwendung von Postfähen aufgehoben und dafür sind phantastisch hohe Postgebühren eingeführt worden. Eine Postkarte ober ein Stadtblief kostet z. B. 100 Rubel, ein Brief nach außerhalb 250 Rubel, ein Einschreibedrief 1000 Rubel, Stadtelegramme kosten 100 Rubel das Wort. Telegramme nach auswärts 500 Rubel und Eiltelgramme 1000 Rubel das Wort. Eine Eisenbahnfahrt von Petersburg nach Moskau kostet 140000 Rubel, hinzu kommen jedoch verschiedene Extraausgaben für Mahkarte, Eilzuschlag usw., so daß nur die Fahrgangsbillete für die Strecke von etwa 600 km 250000—300000 Rubel betragt.

Verchiedene Eingänge

Druckfestsammlung gegen die Bergewallung Oberdeutschens.* Reden, gehalten von Uebe, Geierl, Grahmann usw. Preis 2 Mk. Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin.

Die Glotze.* Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parus. Nr. 15—19. 7. Jahrgang, 1. Band. Preis 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.